

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, **schließe** ich die **Aktuelle Stunde**.

Wir kommen zu:

## 2 Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/127

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses  
für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Drucksache 16/1914

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1958 – Neudruck

zweite Lesung

In Verbindung mit:

**Landesregierung muss eigenes Mittelstandsgesetz ernst nehmen – Beratung über Klimaschutzgesetz bis zur Befassung durch die „Clearingstelle Mittelstand“ aussetzen!**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1909

Ich eröffne die Beratung und erteile als Erstes für die SPD-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Meesters das Wort.

**Norbert Meesters** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute werden wir im Landtag Nordrhein-Westfalen mit dem Beschließen des Klimaschutzgesetzes eine wichtige Entscheidung treffen, die in mehrfacher Hinsicht neue Chancen für unser Land eröffnet.

(Dietmar Brockes [FDP]: Neue Risiken!)

Wir beenden mit dieser Entscheidung einen langen Diskussionsprozess, der durch die vorgezogene Neuwahl unterbrochen wurde und für dessen Weiterführung wir durch die klare und eindeutige Entscheidung der Menschen in Nordrhein-Westfalen im Mai vergangenen Jahres einen neuen Auftrag bekommen haben. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wissen, welche Weichenstellungen vorgenommen werden müssen, damit dieses Land weiter seinen guten Weg in Richtung Klimaschutz geht und seine Industrie und seine Wirtschaft fit macht

für die ökologischen Herausforderungen der Zukunft.

Im Gegensatz zu Ihnen, liebe rückwärtsgewandte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP,

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

nehmen wir diesen Auftrag der Menschen in Nordrhein-Westfalen ernst und setzen mit diesem Klimaschutzgesetz den Rahmen für eine neue ökologische industrielle Revolution in unserem Land, wie es unser Koalitionsvertrag richtig formuliert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie mich auf die Chancen zu sprechen kommen, die uns diese wichtige politische Entscheidung eröffnet. Man muss dafür ein wenig in die Geschichte schauen; denn wir hatten in Nordrhein-Westfalen schon vor über 50 Jahren besondere umweltpolitische Herausforderungen zu meistern. Und wir haben sie gemeistert.

Ich erinnere noch einmal an das Wort vom „blauen Himmel über der Ruhr“, das Willy Brandt im Bundestagswahlkampf 1961 das erste Mal genannt hat und damit umweltpolitische Ziele formulierte, die von der damaligen Regierungspartei CDU auf das Heftigste verlacht wurden.

(Zuruf von der FDP: So viel zur Rückwärts-gewandtheit!)

Es brauchte seine Zeit, aber Umweltpolitik ist heute selbstverständlicher Teil staatlichen Handelns geworden, und das Thema ist längst in der Mitte der Bevölkerung angekommen, allerdings noch nicht in der Mitte aller Parteien hier im Landtag, habe ich den Eindruck.

(Beifall von der SPD)

Aber auch wenn der Himmel über der Ruhr mittlerweile wieder blau erscheint, so können wir nicht von einer heilen Welt sprechen. Heute ist die Realität eines drohenden Klimawandels in unser Bewusstsein gerückt. Heute müssen wir als Politik auf allen Ebenen Verantwortung zeigen und den globalen Veränderungen der klimatischen Verhältnisse begegnen. Die Folgen des Klimawandels kennen wir alle: den Anstieg der Durchschnittstemperaturen, die Zunahme wetterbedingter Schadensereignisse durch extreme Sommerhitze, orkanartige Herbststürme, Starkniederschläge mit der Folge von Hochwässern, die Veränderung der Lebensgrundlagen von Tieren und Pflanzen und somit die Bedrohung der biologischen Vielfalt. Die Aufzählung ist holzschnittartig und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, aber sie spricht für sich. Klar ist auch: Diese Ereignisse finden nicht – was übrigens für sich genommen schon schlimm genug wäre – irgendwo draußen in der Welt statt, sondern auch vor unserer eigenen Haustür. Wir selbst sind Betroffene.

Die volkswirtschaftlichen Kosten des Klimawandels betragen zusammengenommen nach einer Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung über 70 Milliarden €. Das reicht, um eines deutlich zu machen: Wir dürfen nicht länger nur reden, wir müssen handeln. Und wir in NRW handeln nun.

Und wem, verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, zu dieser wichtigen Entscheidung nur die Plattitüde von der Deindustrialisierung Nordrhein-Westfalen einfällt,

(Zurufe von Dietmar Brockes [FDP])

der befindet sich in der Tat in einer intellektuellen Inversionslage, Herr Brockes, wie die CDU im Jahre 1961 und hat nicht viel von den Notwendigkeiten in unserem Land im Jahre 2013 begriffen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, es handelt sich hier eben nicht nur um einen Morgenthauplan, der NRW in einen Agrarstaat verwandeln will, sondern um einen Klimaschutz-Marshallplan für den Industrie- und Wirtschaftsstandort NRW, dem Energieland Nummer eins in Deutschland.

Die notwendige, von niemandem bestrittene Energiewende liefert uns noch mehr Argumente, warum wir heute dieses Gesetz beschließen wollen und müssen. Um diese Energiewende erfolgreich zu gestalten, braucht es auch die richtigen Entscheidungen auf Bundesebene: einen Masterplan, der diesen Namen verdient, um eine aufeinander abgestimmte Folge der notwendigen Maßnahmen für einen energiepolitisch praktikablen und vor allem sozialverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien zu erreichen.

Dies wird eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Bundesregierung ab Herbst dieses Jahres sein. Rot-Grün kann das, und so auch auf Landesebene in Nordrhein-Westfalen. Wir setzen mit diesem Gesetz den Rahmen, damit das bundesweit anerkannte Klimaschutzziel Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 25 % bis 2020 und um 80 % bis 2050 auch erreicht werden kann. Wir nehmen das Thema ernst und sichern damit einen Standortvorteil für Nordrhein-Westfalen.

Wir berücksichtigen dabei die geltenden Regelungen des EU-Emissionshandelssystems.

(Heiterkeit von der FDP)

Lesen Sie unseren Entschließungsantrag, damit keine Märchen in die Welt gesetzt werden bezüglich der alles dominierenden Klimaschutzziele und Grundsätze im Klimaschutzplan, den wir noch erarbeiten. Selbstverständlich bleibt es im Rahmen der zukünftigen Aufstellung der Raumordnungspläne bei einer umfassenden Abwägung aller Belange, wie sie das Raumordnungsgesetz vorsieht. Die Er-

arbeitung des Klimaschutzplans läuft bereits in einem nie dagewesenen dialogorientierten Prozess unter Beteiligung der wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen. Das hat Vorbildcharakter. Dieser Prozess soll auch bei der Umsetzung und Fortschreibung der Maßnahmen des Klimaschutzplans durch den jetzigen Koordinierungskreis fortgesetzt werden.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Beteiligung des Parlamentes bei der Erarbeitung und bei der Umsetzung des Klimaschutzplans. Mit dem vorliegenden Entschließungsantrag sichern wir die Beteiligung des nordrhein-westfälischen Landtags im weiteren Verfahren. Wir binden den Klimaschutzplan somit in den parlamentarischen Prozess ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, sehr geehrte Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen gibt heute ein starkes Signal für die Klimaschutzpolitik in Deutschland. Geben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, auch ein Signal und verschließen Sie sich nicht der Wirklichkeit! Verschließen Sie sich nicht der Notwendigkeit zu handeln! Lösen Sie sich bitte von der Vorstellung, Opposition müsse immer dagegen sein! Ihr Verschiebungsantrag heute geht an der Sache vorbei. Unser Gesetz setzt von Anfang an auf Dialog und Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen. Davon sollten Sie sich nicht ausschließen.

Wir setzen heute ein starkes Signal. Wir treffen heute die richtige Entscheidung für Nordrhein-Westfalen mit dem Beschluss des Klimaschutzgesetzes. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Meesters. – Für die Fraktion der CDU spricht der Abgeordnete Deppe.

**Rainer Deppe (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Rammel, da Sie auch Verbraucherschutzminister sind, hätten Sie das Klimaschutzgesetz gar nicht erst zulassen dürfen; denn es ist ein klarer Fall von Etikettenschwindel. Im Gesetz steht nämlich nicht das drin, was draufsteht.

Die Mehrheit, die dieses Gesetz heute im Landtag verabschieden will, nimmt in Kauf, dass mit dem hochtrabenden Namen „Klimaschutzgesetz“ nichts erreicht wird. Es schützt nämlich nicht das Klima, nicht das Klima in Nordrhein-Westfalen und schon gar nicht das Klima in der Welt. Das ist das eindeutige Ergebnis von zwei großen Anhörungen; da sind sich Wirtschaft, Gewerkschaften, Kommunen, Landwirtschaft und Juristen vollkommen einig gewesen. Das aber haben die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen bis heute ignoriert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Was den Klimaschutz angeht, meine Damen und Herren, ist dieses Gesetz im besten Fall ein Nullsummenspiel. Europa hat sich auf einen marktwirtschaftlichen Weg zur CO<sub>2</sub>-Reduktion, nämlich das EU-Emissionshandelssystem, geeinigt.

Für Ihren dirigistischen und auf ein einziges Bundesland bezogenen Zwang zur CO<sub>2</sub>-Minderung ist daneben überhaupt kein Platz. Im günstigsten Fall werden bei uns CO<sub>2</sub>-Emissionen vermindert und in andere Länder in Deutschland oder in Europa verlagert. Für das Klima, meine Damen und Herren, spielt es nämlich keine Rolle, ob die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz, in Brandenburg oder sogar in Frankreich oder in Polen in die Atmosphäre geraten.

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Ich behaupte, Herr Remmel, dieses Gesetz schadet sogar dem Klimaschutz. Es ist gar ein Klimaschadensgesetz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn es in Kraft tritt, werden aus Nordrhein-Westfalen überproportional viele Emissionszertifikate auf den Markt kommen mit der Folge: Die Zertifikatspreise werden noch weiter sinken. Damit schwächt diese Landesregierung das europäische Emissionshandelssystem, anstatt es zu stärken.

(Beifall von der CDU)

Was wir brauchen, sind doch höhere und nicht niedrigere Zertifikatspreise. Nur wenn Verschmutzungsrechte teuer sind, entsteht ein Anreiz, in CO<sub>2</sub>-arme und nachhaltige Technologien zu investieren.

Statt die EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard und Bundesumweltminister Peter Altmaier auf diesem Weg zu unterstützen, spielen Sie mit diesem Gesetz ausgerechnet jenen in die Hände, die die europaweite Verknappung der Emissionsrechte verhindern wollen.

Schon Ihr ausschließlich outputorientierter Ansatz ist falsch. Da sind sich die Experten bis hin zu den Gewerkschaften einig. Wenn wir in Nordrhein-Westfalen die Produktion von Leichtbaustahl für leichtere Autos, von treibstoffsparenden Reifen, von Dämmstoffen, von LED-Leuchten steigern, führt das bei Ihnen zu einer Verschlechterung des Klimaschutzes. Dabei sparen doch die innovativen Produkte durch ihre Verwendung viel mehr CO<sub>2</sub> ein als deren Herstellung verursacht. Somit ist die Bilanz nicht so wie bei Ihnen negativ, sondern im Gegenteil positiv.

Wer das Klima tatsächlich schützen will, meine Damen und Herren, sollte sich schnell von Ihrer Quellenbilanz verabschieden und stattdessen auf eine positive Produktbilanz achten und den CO<sub>2</sub>-Footprint des Transportes nicht vergessen. Den haben Sie total ausgeblendet.

(Beifall von der CDU)

Dieses Gesetz schadet den Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen.

Der Vertreter des DGB Achim Vanselow hat es hier im Saal auf den Punkt gebracht. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: Wir sehen die Arbeitplatzeffekte in der nahen Zukunft, die mit diesem Prozess verbunden sind, doch mit einiger Sorge. – So Herr Vanselow. – „Auf der einen Seite verlieren wir gute Arbeitsplätze – ‚gut‘ heißt in diesem Fall:“ – immer noch Zitat – „sozialversicherungspflichtig, tarifgebunden, zu relativ guten, fairen Arbeitsbedingungen –, auf der anderen Seite wissen wir nicht genau, was wir dafür bekommen.“

Da, wo es nämlich dringend nötig wäre, die Energiewende in Nordrhein-Westfalen, die ja nun bekanntermaßen hier stockt, voranzubringen, hilft dieses Gesetz überhaupt nicht weiter.

Genauso wie wir sehen das übrigens auch die Gewerkschaften. Ich zitiere aus der Anhörung vom 25. Oktober 2012 Waldemar Bahr von der IG BCE zu der Frage, ob das Klimaschutzgesetz etwas für diese Bereiche bringt, die für die Energiewende wichtig sind, wie zum Beispiel Netzausbau: Da sagt das Klimaschutzgesetz erst einmal gar nichts und trägt nichts dazu bei.

Wenn Sie uns schon nicht glauben, liebe Kollegen der SPD, sollten Sie doch vielleicht wenigstens auf die Gewerkschaften hören. Aber offenbar sind Sie auf diesem Ohr inzwischen auch taub geworden.

(Zurufe von der SPD)

Herr Minister Remmel, Sie haben in der letzten Woche gesagt, es gehe um eine gesellschaftliche Leitentscheidung für den Klimaschutz. Die Leitentscheidung ist in Deutschland längst gefallen. Wir können uns streiten, ob wir den Beitritt zum sogenannten Berliner Mandat 1995 oder das Kyoto-Protokoll 1997 oder die Ratifizierung 2002 als Datum für die Leitentscheidung in Deutschland nehmen. Die Frage ist vielleicht müßig. Die Tatsache ist aber, dass seit mehr als 15 Jahren der Klimaschutz in Deutschland politischer und gesellschaftlicher Konsens ist. Schon an diesen Daten kann jeder sehen, dass Klimaschutz, Herr Remmel, lange, lange vor Ihnen begonnen hat.

Die CDU hat hier wahrlich keinen Nachholbedarf. Wir wissen, dass die Umweltwirtschaft bereits die dynamischste Wachstumsbranche in Deutschland ist. Wohlverstandener, geschickt initiiertes Klima- und Umweltschutz führt zu wirtschaftlichem Wachstum und großen Exporterfolgen. Dazu leistet Ihr Gesetz aber keinen einzigen Beitrag.

Deutschland hat seine Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll eingehalten. Mit diesem Gesetz, Herr Remmel, das Sie heute hier verabschieden lassen wollen, wird es keinen Tag schneller gehen.

Vor einigen Wochen, am 28.11.2012, haben wir über die von Ihnen immer noch zurückgehaltene

Prognos-Studie debattiert. Mittlerweile sind aber Einzelheiten über die Medien in die Öffentlichkeit gelangt. Nehmen Sie sich diese Studie doch zu Herzen. Dort steht mit entwaffnender Eindeutigkeit: Wenn Sie die Klimapolitik der Bundesregierung hier in Nordrhein-Westfalen nur umsetzen würden, würden Sie die Klimaziele erreichen und würden nicht die Wirtschaft hier schädigen.

(Beifall von der CDU)

Der DGB-Vertreter in der Anhörung hatte doch recht, als er seinen Landesbezirksleiter zitierte: Wir brauchen eigentlich kein Klimaschutzgesetz. – Recht hat er.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dieses Gesetz, meine Damen und Herren, schützt nicht das Klima. Aber es gefährdet die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Nur wem das gleichgültig ist, der wird heute diesem Gesetz zustimmen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Deppe. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Brems.

**Wibke Brems (GRÜNE):** „Selbst der Kleinste vermag den Lauf des Schicksals zu verändern.“ – Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Obwohl dieses Zitat aus einem Roman stammt, ist dessen Inhalt doch absolut wahr. Denn die Gefährten aus Tolkiens „Herr der Ringe“ haben genau das gezeigt: Es bedarf eines Mutigen, der sich traut, voranzugehen. Aber um alle Hürden zu überwinden und Angriffe von allen Seiten zu überstehen, sind Gefährten nötig. Dann ist es machbar, die Welt vor Schlimmem zu bewahren.

Und auch der Klimaschutz braucht Mutige, die vorangehen. Klar ist: Alleine retten wir, das Land Nordrhein-Westfalen, das Klima sicherlich nicht. Aber auch als kleiner Teil dieser Welt können wir dessen Schicksal ändern. Denn ohne Nordrhein-Westfalen sind die Ziele dieser Bundesregierung niemals zu erreichen. Und erreicht Deutschland die Ziele nicht, dann sind auch die Ziele der EU absolute Makulatur, und das hätte negative Auswirkungen auf alle internationalen Bemühungen zum Schutz des Klimas.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Klimaschutzgesetz Nordrhein-Westfalen will nicht nur das Klima schützen. Vielmehr wollen wir Nordrhein-Westfalen auch den Klimaveränderungen anpassen. Denn eines ist ganz klar: Auch in den letzten 60 Jahren gab es schon Klimaveränderungen hier bei uns. Vegetationszeiten haben sich verändert, Jahreszeiten verlagern sich, der Herbst wird länger, der Winter wird kürzer.

Dann fragt man sich: Ist das Ganze denn wirklich dramatisch? – Die Landwirtschaft merkt es schon, und auch in Zukunft wird es weitere Veränderungen geben. Projektionen des Landesumweltamts für die Periode zwischen 2031 und 2060 sagen ganz klar einen Anstieg der durchschnittlichen Temperatur und Niederschlagsmengen um ca. 5 % voraus – eher im Winter als im Sommer –, und das hier vor Ort in Nordrhein-Westfalen. Das Ganze kann – Herr Meesters hat es eben schon ausgeführt – zu Zunahmen von Wetterextremen wie starken Gewittern und Hitzewellen führen.

Das sind Auswirkungen, die hinterher nicht nur die Landwirtschaft bemerkt. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat in einer aktuellen Erhebung festgestellt, dass für 2030 43 % der deutschen Unternehmen negative Auswirkungen auf ihr Unternehmen durch den Klimawandel erwarten.

Wir wollen mit dem Klimaschutzgesetz Nordrhein-Westfalen Bürgerinnen, Industrie und Verbände im Klimaschutzplan mitnehmen. Der Prozess wurde – bisher einmalig – so im Februar 2012 gestartet. Die Unterlagen sind für alle transparent erhältlich. Es wird wissenschaftlich begleitet und in einer breiten Beteiligung in den nächsten Monaten weiter erarbeitet.

Mit dem Klimaschutzgesetz Nordrhein-Westfalen wollen wir vorangehen und unsere Industrie in Nordrhein-Westfalen fitmachen. Klar ist: Stahl und Kohle haben NRW groß gemacht, aber neue Technologien werden NRW groß halten.

Auch wenn Teile der Opposition und Teile der Wirtschaft es selbst noch nicht glauben: In der Welt gibt es ebenfalls Veränderungen. Der aktuelle, wiedergewählte Präsident der USA, Obama, hat bei seiner Einführung in seine zweite und damit letzte Amtszeit – das bedeutet, dass er offener über alles reden kann – gesagt:

„Wir, das Volk, glauben immer noch, dass unsere Verantwortung als Amerikaner nicht nur gegenüber uns selbst gilt, sondern gegenüber allen unseren Nachkommen. Wir werden auf die Bedrohung des Klimawandels reagieren. Denn wir wissen, dass wir, wenn wir dies unterlassen würden, unsere Kinder und zukünftigen Generationen verraten würden.“

Weiter geht er in einer zuvor nie gekannten Deutlichkeit vor:

„Wir können die Technologie, die neue Jobs und neue Industrie schafft, nicht anderen Ländern überlassen. Wir müssen sie für uns beanspruchen. So werden wir unsere Wirtschaftskraft erhalten.“

Wenn Herr Obama das für die USA so sagt und erkennt, dann sollten auch Sie das endlich für Nordrhein-Westfalen und für unsere Region erkennen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen mit dem Klimaschutzgesetz Nordrhein-Westfalen auch für die Landesregierung mit einem guten Beispiel vorangehen. Denn sie setzt sich hier das Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität bis zum Jahr 2030. Das bedeutet große Anstrengungen und große Veränderungen im Bereich der Gebäude bei Neuanschaffung, aber eventuell auch irgendwann beim Verhalten.

Zu guter Letzt will das Klimaschutzgesetz Kommunen unterstützen. Denn in den Kommunen finden die Klimaveränderungen, aber auch Projekte statt. Kommunen wie Saerbeck und Bocholt werden zu „NRW-Klimakommunen“. In Kommunen werden Projekte wie der „Bürgerwindpark Hilchenbach“ und „InnovationCity Ruhr – Modellstadt Bottrop“, die Initiative „Bergisch energisch!“, die Klimasiedlung in Bielefeld und das „ENERGETICON“ im Aachener Raum umgesetzt.

Gerne komme ich zu zwei zentralen Fragen zurück: Ist das Klimaschutzgesetz das richtige Instrument, um das Klima zu schützen?

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Nein!)

Reichen die Ziele des Klimaschutzgesetzes?

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Ich mache einmal einen Vergleich. Wenn Sie in einem Auto säßen und mit Karacho auf eine Wand zufahren würden, würden Sie dann diese Fragen genauso stellen?

(Lutz Lienenkämper [CDU]: So blöd sind wir gar nicht erst!)

Ist das Auf-die-Bremse-Treten genau das richtige Instrument? Würden Sie sich dann noch fragen, ob Sie rechtzeitig vor der Wand zum Stehen kämen? – Das würden Sie nicht tun. Wir sollten endlich anfangen zu bremsen. Wir sollten endlich anfangen, das Klima zu schützen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe CDU, liebe FDP, Sie sollten endlich aufhören, Klimaschutz-Mikado zu spielen.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Landtagsfraktion spricht der Abgeordnete Höne.

**Henning Höne (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich zum Klimaschutzgesetz selber komme, möchte ich zwei kurze Anmerkungen machen.

Es ist nicht so, dass wir hier in diesem Hause letztverbindlich über die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes entscheiden. Allerdings: Wenn bei einer Anhörung die Experten, die von SPD und Grünen eingeladen wurden, die Verfassungsmäßigkeit ei-

nes Gesetzes, eben dieses Gesetzes, bezweifeln, dann sollte das den Koalitionsfraktionen eigentlich zu denken geben. Schade, dass Sie bei diesem Gesetz so beratungsresistent sind.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zweiter Punkt. Ich möchte kurz auf das praktische Handeln der Koalitionsfraktionen eingehen, gerade bei diesem Gesetzentwurf. Angeblich wollen Sie doch den kooperativen Stil aus der Zeit der Minderheitsregierung soweit wie möglich aufrechterhalten. Ein Durchregieren würde es mit Ihnen nicht geben, ist zu hören. Aber ich sage Ihnen: kurzfristige Anhörungen, kurzfristige Änderungsanträge – all das widerspricht diesem Anspruch in der Praxis. Ich frage mich: Wovor genau haben Sie eigentlich Angst?

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Gesetz wird der Umwelt nicht helfen. Es wird nicht helfen, weil Verschmutzungen nicht an den Grenzen Nordrhein-Westfalens oder an anderen politischen Grenzen Halt machen. Jede CO<sub>2</sub>-Einsparung in Nordrhein-Westfalen wird aufgrund des EU-Emissionshandels europaweit verrechnet. Im Ergebnis wird dieses Klimaschutzgesetz dazu führen, dass mehr Zertifikate zu günstigeren Preisen gehandelt werden. Es führt zum Gegenteil des gewünschten Effekts, wenn anderswo in Europa die Dreckschleudern mit günstigen Zertifikaten ein paar Jahre länger laufen können. Denken Sie zum Beispiel an die Kohleverstromung in Polen.

Vielmehr müsste doch Verschmutzung, müsste Emission teurer werden, um Anreize für Einsparungen und Innovationen zu bieten. Das Klimaschutzgesetz wird also das Klima nicht schützen. Dieses Klimaschutzgesetz wird klimapolitisch unwirksam sein. Und dieses Klimaschutzgesetz wird – das hat bereits der Kollege Deppe gesagt – dem eigenen Namen nicht gerecht. Es ist nicht drin, was drauf steht. Alleine deswegen, Herr Rimmel, sollten Sie als Verbraucherschutzminister diesen Gesetzentwurf nicht weiter tragen.

Ein weiteres Problem dieses Gesetzentwurfs ist – das ist eben bereits angeklungen –, dass die CO<sub>2</sub>-Bilanzen quellenbezogen erstellt werden. Darüber haben wir bereits diskutiert. Sie betrachten Emissionen immer nur bezogen auf den Produktionsprozess vor Ort. Mit dieser Betrachtung, mit der quellenbezogenen CO<sub>2</sub>-Bilanzierung, nehmen Sie eine einseitige und zu kurz gegriffene Perspektive ein. Richtig wäre eine produktbezogene Bilanzierung der Emissionen. Wenn zum Beispiel Dämmstoffe produziert werden, wenn energiesparende Reifen entwickelt und produziert werden, wenn Materialien für den Bau von Windkraftanlagen produziert werden, dann entstehen Produkte, die einen ressourcenschonenden Umgang mit der Umwelt fördern. Ich frage mich: Warum lassen Sie diesen Aspekt so

konsequent außen vor? Warum ignorieren Sie das einfach?

Frau Kollegin Brems, Sie haben ja schon etwas leiser hier im Plenum gesprochen und eingestanden, dass es eigentlich schöner wäre, produktbezogen zu bilanzieren. Sie haben uns auch im Ausschuss vorgeworfen, weil wir genau diesen Aspekt kritisieren, wir würden lieber nichts tun. Das ist falsch! Wir wollen durchaus etwas tun! Der Unterschied ist aber, wir wollen nicht mit Ihnen in die falsche Richtung gehen. Um in Ihrem Bild zu bleiben: Wir wollen durchaus bremsen, wir wollen aber nicht das Lenkrad panisch herumreißen und versuchen, das Auto so zum Stehen zu bringen.

(Beifall von der FDP)

Ich komme zum Klimaschutzplan. In der letzten Ausschusssitzung habe ich kritisiert, dass die Erarbeitung des Plans unserer Meinung nach zu intransparent ist. Beispielsweise scheint es keine festen Kriterien zur Einladung in die Arbeitsgruppen zu geben. Herr Minister Remmel, Sie haben in einer der letzten Debatten zu diesem Thema hier im Plenum erklärt, bei Anfragen von neuen Interessenten hätten Sie sich – ich zitiere – bemüht, diese aufzunehmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Personaler wissen, was „stets bemüht“ wirklich bedeutet. Ich glaube, mit „stets bemüht“ können weder der Klimaschutz noch die Energiewende gelingen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Darüber hinaus habe ich kritisiert, dass das Parlament zu lange außen vor bleibt. Zum Klimaschutzplan nur Ja oder Nein sagen zu können, das reicht uns jedenfalls nicht. Herr Minister Remmel, Sie haben sich daraufhin echauffert und gesagt, mein Redebeitrag sei eine Unverschämtheit, sie würden alle einbeziehen. Gestern kam nun der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen. Gestern, Herr Meesters, und nicht von vorneherein!

Darin wird gefordert, den Landtag regelmäßig zu unterrichten. Es ist schon einmal ein Fortschritt, dass das Ganze zurück in die Legislative, ins Parlament gespiegelt werden soll. Auf Seite 2 dieses Entschließungsantrags fordern Sie ferner, dass der Landtag ein Gremium schafft, das die Erarbeitung und die Umsetzung der Klimaschutzpläne begleitet. Erarbeitung und Umsetzung! Donnerwetter, habe ich gedacht, so unverschämt kann also meine Kritik in der letzten Ausschusssitzung nicht gewesen sein. Ihr Schuldeingeständnis hat einen Namen, es trägt die Drucksachenummer 16/1958.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dieses Gremium, dessen Einrichtung Sie auf Seite 2 fordern, findet sich zwar nicht in den konkreten Anforderungen am Ende des Antrags wieder, aber – das will ich eingestehen – das Parlament soll irgendwie ein bisschen mehr einbezogen werden. Als

Westfale sage ich dazu: Das ist zumindest nicht ganz schlecht.

(Jochen Ott [SPD]: Was heißt „ein bisschen mehr“?)

Warum dieser Antrag? Warum diese Änderungen? – Vielleicht, liebe Kolleginnen und Kollegen gerade der SPD, vielleicht, lieber Herr Meesters, haben Sie gemerkt, dass die Grünen sehr gelassen auf die jüngsten Äußerungen zur Zukunftsfähigkeit von Kohlekraftwerken reagiert haben, die ja von der SPD kamen. Die können ganz gelassen reagieren und sich zurücklehnen, weil sie ganz genau wissen: Mit einem Klimaschutzplan, mit einem Klimaschutzgesetz aus dem Hause Remmel wird es solche Kraftwerke sowieso nicht geben. Diese Projekte werden von Anfang an auf das Abstellgleis gestellt.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das ist Quatsch!)

Was ist zu tun? – Der europäische Emissionshandel ist zu stärken. Die Ziele müssen international festgelegt werden. Das Handelssystem kann um weitere Staaten und um weitere Sektoren erweitert werden. Dann gibt es marktwirtschaftliche Anreize für mehr Klimaschutz und für mehr Innovationen. Ihre Verbote, Ihr Dirigismus führt lediglich zu Verlagerungen. Und wir müssen die Forschung stärken, zum Beispiel bei der angesprochenen produktbezogenen Bilanzierung. Wir müssen Wirtschaft und Wissenschaft stärker vernetzen. Hier liegt Potenzial. Darauf hat unter anderem auch der DGB in der Anhörung hingewiesen. Er hat deutlich gemacht, dass bei der aktuellen Fassung des Gesetzes vor allem eines passiert: Es werden Chancen vertan.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP-Fraktion wird diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Höne. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Abgeordneter Rohwedder.

**Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer auf den Tribünen und draußen im Stream! Wie wir schon in der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfes angekündigt haben und es auch in den Ausschusssitzungen gehalten haben, werden wir diesem Klimaschutzgesetzentwurf zustimmen.

Die Gründe dafür sind vielfältig und wurden bereits häufig genannt: Der Klimawandel findet bereits statt. Er ist unbestreitbar. Die Schnelligkeit dieses Klimawandels ist unerhört. Das heißt, dass die Natur, die ja eigentlich an Klimawandel gewöhnt ist und sich anpassen kann, überfordert ist. Die Schnelligkeit überfordert besonders die immobilen Arten und bringt dadurch die Biodiversität insgesamt in Gefahr. Mir liegt eine neue Studie vom Biodiversitäts-

und Klimaforschungszentrum vor, wonach jetzt auch die genetische Vielfalt innerhalb einzelner Arten in Gefahr ist, weil zu viele Exemplare sterben. Diese Vielfalt im Erbgut ist aber die Grundlage für zukünftige Evolution. Umso wichtiger ist schnelles Handeln.

Wir finden dieses Gesetz unzulänglich, weil es nur die öffentliche Hand betrifft. Es ist aber immerhin ein erster Schritt. Das Ganze ist kein Marshallplan – leider nicht. Die Bezeichnung „Marshallplan“ wäre einige Potenzen zu hoch gegriffen.

Genauso wenig schafft es die neuen Arbeitsplätze, die wir brauchen. Wir machen einen Strukturwandel durch. Dieser ist unvermeidbar. Es wird auch in der Industrie die Zahl der Arbeitsplätze, wie von CDU und FDP befürchtet, nicht zurückgehen. Das Regierungshandeln ist insgesamt inkonsistent.

Frau Brems hat von tapferen Gefährten gesprochen. Frau Brems, waren Sie in Hambach bei den Waldbesetzern? Da finden Sie solche tapferen Gefährten. Wissen Sie, wie die von der Polizei schikaniert werden, und zwar immer noch? Haben Sie sich da mal sehen lassen?

In Hambach soll der Wald weiter gerodet werden. Das Verwaltungsgericht Aachen hat das zum Glück gestoppt – dank NGOs wie BUND und NABU, die dort das Verbandsklagerecht nutzen, um gegen rechtswidrige Bescheide zu klagen, und zwar mit Erfolg.

Auch die Neueröffnung von Braunkohlekraftwerken in diesem Gebiet ist inkonsistent und steht im Widerspruch zu den Intentionen des Klimaschutzgesetzes. Das ist unambitioniert.

(Beifall von den PIRATEN)

Nichtsdestotrotz ist es ein kleiner, zaghafter Schritt in die richtige Richtung. Wir werden das, wie gesagt, unterstützen.

Die CDU hat einen Entschließungsantrag vorgelegt, der rein taktische Prämissen hat. Er soll einfach nur die Abstimmung vertagen und verzögern – eine kontraproduktive Verzögerungstaktik und Fundamentalopposition.

Das Mittelstandsförderungsgesetz, auf das Sie sich hier berufen, lehnen wir Piraten in seiner jetzigen Form ohnehin ab. Der CDU-Antrag wird auch keine neuen Erkenntnisse bringen können. Die wirtschaftspolitischen Auswirkungen des Klimaschutzgesetzes wurden in der öffentlichen Sachverständigenanhörung bereits erörtert. Da besteht im Moment kein weiterer Bedarf.

Es gibt keine Sitzung in irgendeinem Ausschuss ohne Ihre immer gleichen Vorbehalte gegenüber dem Klimaschutzgesetz. Die Einwände, die Sie vortragen, und Ihre Begründungen sind unzutreffend und sattsam bekannt.

Eine erneute Verbändebefragung, die sogenannte Mittelstandsverträglichkeitsprüfung, soll das Klimaschutzgesetz einfach nur verzögern. Dieses Manöver ist durchsichtig. Da machen wir nicht mit.

Dieses Land braucht zügig ein Klimaschutzgesetz und den damit verbundenen Klimaschutzplan. Weil dieser Klimaschutzplan im Entschließungsantrag von SPD und Grünen erwähnt wird, werden wir diesem Entschließungsantrag der regierungstragenden Fraktionen zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rohwedder. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Rimmel.

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Sommer 2011 wurde es auf den Weg gebracht, dann durch die Landtagswahlen in die Warteschleife geschickt, aber gründlich beraten und breit diskutiert. Jetzt ist es so weit: Das bundesweit erste Klimaschutzgesetz steht heute zur Beschlussfassung an.

Zunächst einmal danke ich Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen im Landtag, für die gute Beratung – im Übrigen auch der Opposition, denn auch harte Kritik kann dazu beitragen, Argumente zu schärfen und Besseres zu entwickeln. Ich danke aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung, meines Hauses, den Vertretern der Verbände sowie den Expertinnen und Experten. Alle haben daran mitgewirkt. Alle haben dafür gesorgt, dass wir nun ein solides, anspruchsvolles, wegweisendes Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes hier in Nordrhein-Westfalen auf den Tisch legen.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Ich bin davon überzeugt, dass dieses Gesetz in anderen Ländern und im Bund zur Blaupause werden kann und wird. Ich fordere geradezu – das ist nicht oft der Fall; hier ist es aber so – zu „Copy and Paste“ auf. Es dient der Sache. Hier geht es schließlich darum, ernst zu machen mit der Jahrhundertausforderung des Klimawandels, ernst zu machen mit der Jahrhundertchance des Klimaschutzes. NRW hat die große Chance, hier zum Vorreiter zu werden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Bei aller Freude über das Erreichte wissen wir aber ganz genau: Wir stehen erst am Anfang. Das Gesetz als solches schützt das Klima ja noch nicht, sondern es schafft den Rahmen. Der Rahmen ist größer, als mancher meint.

Es geht um den Ausbau der Erneuerbaren, es geht um Effizienzsteigerung, es geht um Einsparung. Das sind die großen Drei bei Strom und Wärme.

Klimaschutz und Energiewende sind aber mehr als das. Es geht auch darum, den Ressourcenverbrauch zu begrenzen und weg von der Verschwendung hin zu einer wirklichen Kreislaufwirtschaft zu kommen.

Es geht darum, alle Bereiche von Konsum und Lebensstil zu erreichen und zu einem nachhaltigen Konsum zu kommen; Stichwort: Klimaschutz auch beim Einkauf.

Es geht um die Mobilität – nicht darum, den Verkehr nur anders zu gestalten oder zu optimieren, sondern darum, neue Mobilität zu organisieren.

Es geht um Bauen und Stadtentwicklung. Unsere Häuser und Städte bieten enorme Klimaschutzpotenziale. Genau die wollen wir aktivieren.

Es geht ferner um unsere Ernährung und die Landwirtschaft. Ökologisch und regional schmeckt nicht nur besser, sondern schont auch das Klima.

Es geht insbesondere auch um Wirtschaft und Industrie. Manchen Vorbehalt, den ich da lese, verstehe ich nicht. Das korrespondiert überhaupt nicht mit den Erfahrungen, die ich mache, wenn ich mit vielen Unternehmen spreche. Ich habe manchmal den Eindruck, dass die Unternehmer und Unternehmerinnen in unserem Land weiter sind als die Verbandsvertreter, mit denen wir oft sprechen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

In vielen Unternehmen gibt es nämlich – genauso wie in Kommunen – bereits Nachhaltigkeitskonzepte und Firmenstrategien, mit denen man sich auf genau diesen Weg macht. Sie sehen das auch als ökonomische Chance für sich.

Im Übrigen braucht sich die produzierende Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen beileibe nicht zu verstecken. In diesem Bereich wurde nämlich seit 1990 am meisten CO<sub>2</sub> eingespart, und zwar über 40 %. Hier sind also schon große Potenziale erschlossen. Zukünftig besteht die Möglichkeit, Weiteres zu tun und damit auch ökonomische Chancen für Nordrhein-Westfalen wahrzunehmen.

Herr Laschet ist heute leider nicht da. Er betont in seinen Reden immer wieder, dass es neben dem ökologischen Imperativ auch einen ökonomischen Imperativ gibt. Das ist doch keine Neuentdeckung; das sind Schlachten von gestern. Heute gehört beides zusammen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Unzertrennlich gehören Ökonomie und Ökologie zusammen. Es ist doch nicht der Umweltminister in Nordrhein-Westfalen, der davon spricht, dass wir so etwas wie ein grünes Wirtschaftswunder vor uns haben. Es ist der Bundesumweltminister, der das proklamiert.

Wenn wir die vielen Institute, wenn wir die vielen Zahlen der Prognosen nehmen, dann wird deutlich, dass das die Zukunftsbranche ist, die Wachstum und Arbeitsplätze in der Zukunft verspricht. Das in Einklang zu bringen ist unsere Aufgabe und findet statt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann an Sie nur appellieren: Verbeißen Sie sich hier nicht in der Vergangenheit, sondern gewinnen Sie mit uns gemeinsam die Zukunft! Denn das Klimaschutzgesetz ist auch ein Mittelstandsförderungsgesetz.

(Zurufe von der CDU und der FDP – Dietmar Brockes [FDP]: Fragen Sie mal die Wirtschaft!)

Fragen Sie doch nach, beispielsweise bei den Installationsbetrieben! Fragen Sie doch bei den Anlagen- und Maschinenbauern nach, womit sie ihr Geld verdienen! Fragen Sie doch bei den Fensterbauerinnen und Fensterbauern nach! Fragen Sie in den Schreinereien! Fragen Sie bei den Dachdeckern nach! Da finden Energiewende und Klimaschutz bereits heute statt. Da wird Geld verdient, bereits heute, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Oder kommen Sie mit mir zur metallverarbeitenden Industrie. Mittlerweile wird für die Windenergie mehr Eisen und Stahl verbaut als für die Autoindustrie.

(Thomas Kufen [CDU]: Quatsch!)

Oder fragen Sie nach bei kleinen und mittleren chemischen Unternehmen. Hier entstehen die neuen Werkstoffe der Zukunft.

(Dietmar Brockes [FDP]: Auch ohne dieses Gesetz!)

Das ist die Zukunft für Nordrhein-Westfalen. Das ist die Industrie, die in Nordrhein-Westfalen nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich könnte so weitermachen – beispielsweise damit, dass in unseren Kommunen mittlerweile eine 10-Milliarden-Wertschöpfung mit der Umweltwirtschaft, mit neuen Energien stattfindet.

(Dietmar Brockes [FDP]: Auch ohne dieses Gesetz!)

Und das wollen wir stärken und weiterentwickeln. Genau darum geht es.

Unterm Strich: Klimaschutz ist Wirtschaftsförderung, Klimaschutz ist Mittelstandsförderung par excellence. Wir haben hier die Chance, gemeinsam nach vorne zu gehen. Ja, Leitentscheidung ist gut und schön, aber um Leitentscheidungen muss man auch gesellschaftlich ringen. Und das ist der Auftrag des Klimaschutzgesetzes – nicht allein ein Gesetz zu beschließen, sondern auch in die gesellschaftliche Diskussion zu gehen, den Dialog zu suchen,

transparent zu sein, alle mitzunehmen. Es müssen nämlich alle mitmachen; denn nur als Gemeinschaftswerk kann das Ganze gelingen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU: Kommen Sie aus Ihrer Schmollecke! Machen Sie mit! Helfen Sie mit, dass das Industrieland, das Energieland Nummer eins auch das Klimaschutzland Nummer eins in Deutschland wird!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Wort noch zum Emissionshandel – ich habe das schon einmal gesagt –: Emissionshandel ist gut und schön. Zurzeit müssen wir allerdings feststellen, dass er wirkungslos ist. Mit 7 oder 8 € je Tonne ist das nicht wirklich gestaltend.

(Thomas Kufen [CDU]: Das wird durch das Gesetz auch nicht besser!)

Der Emissionshandel ist auf den Weg gekommen, als man von einem dauerhaften europäischen Wachstum ausging. Das waren falsche Grundlagen. Deshalb muss man die Grundlagen verändern. Im Übrigen erfasst der Emissionshandel nur einen Teil der Bereiche, die für den Klimaschutz relevant sind.

(Dietmar Brockes [FDP]: Zwei Drittel!)

Ja, lassen Sie uns daran arbeiten, sehr geehrter Herr Brockes. Dann müssen Sie aber Ihren Wirtschaftsminister in Berlin überzeugen, dass wir zusammen in Brüssel aufschlagen. Da wird nämlich innerhalb der Bundesregierung blockiert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was kommt jetzt? Das Gesetz ist ein Rahmen. Jetzt fängt die Arbeit an. Jetzt geht es nicht mehr darum, den Klimaschutz nur mit Worten zu unterstützen, sondern jetzt müssen Taten folgen, viele kleine Taten von Städten, Gemeinden, Unternehmen, Genossenschaften – eben Klimaschutz konkret, Klimaschutz zum Anfassen. Wir setzen hier auf die Potenziale von unten.

Natürlich brauchen wir weltweit nach wie vor eine Verständigung. Daran müssen wir arbeiten. Aber wir sehen, dass Regionen, Städte, Gemeinden, Unternehmen vorangehen. Jetzt geht Nordrhein-Westfalen noch ein stärkeres Stück mit voran. Deshalb Klimaschutzplan, deshalb Dialog, deshalb auch Verlässlichkeit und Transparenz! Deshalb auch Dank für den Entschließungsantrag von SPD und Grünen, der ja zum Ziel hat, einen solchen dialogischen Prozess mit den Akteuren dauerhaft zu halten und weiterzuführen. Das ist gut und richtig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Helmut Schmidt hat gesagt: Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen. – Ich meine, wer heute Visionen hat, der soll in Wissenschaft und Forschung gehen, der soll in die Wirtschaft gehen, und der soll auch in die Politik gehen.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an Konrad Adenauers Slogan: „Keine Experimente!“ Auch das taugt heute nicht. Ich meine, wir brauchen genau das: Experimentierinnen und Experimentierer, Erfinderinnen und Erfinder, Pioniere eines neuen Klimaschutz- und Energiezeitalters. Das ist das, was dieses Land braucht. Daran müssen wir arbeiten. Ich hoffe dabei auf Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Wüst.

**Hendrik Wüst (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Remmel, Ihr Rauchverbot für Schlotte ist keine Hilfe fürs Weltklima, bestenfalls eine Hilfe für Ihr Koalitionsklima. Wenn man sich den müden Applaus der wenigen applaudierenden SPD-Kollegen angeschaut hat, weiß man, dass es hier um nichts anderes geht als um ein Prestigeobjekt für den kleinen Koalitionspartner.

(Beifall von der CDU und der FDP)

All das, was Sie zum Mittelstand geschrieben und gesagt haben, wem der Klimawandel hilft, ist gut und richtig. Ich habe gerade einen Hausbau abgeschlossen, KfW 70 – die hatten alle Spaß. Das hat aber alles ohne Ihr Klimaschutzgesetz funktioniert, Herr Remmel. Deswegen sollten Sie sich hier nicht Dinge auf die Fahne schreiben, für die Sie keine Verantwortung haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Klimaschutzgesetz ist untauglich, kontraproduktiv und unnötig. Zugestanden, die Regierungsplanung an diesem Punkt ist clever: Erst kommen all die wirtschaftsfeindlichen Dinge wie das Tarif-treue- und Vergabegesetz, das Rauchverbot für Schlotte, das Rauchverbot in der Gastronomie, die flächendeckende Gewerbesteuererhöhung über das Gemeindefinanzierungsgesetz, und wenn Sie all diese kleinen „Sauereien“ – mit Verlaub – gemacht haben, dann kommt am Ende ein Mittelstandsgesetz mit einer Clearingstelle, die alle zukünftigen, aber eben leider nur die zukünftigen Gesetze einem Mittelstandsscheck unterwerfen soll.

Deswegen fordere ich Sie auf: Legen Sie dieses Klimaschutzgesetz der Clearingstelle vor! Vertagen Sie dieses Klimaschutzgesetz hinter den Beschluss des Mittelstandsgesetzes! Wenn es stimmt, was Sie immer sagen, nämlich dass alles mittelstandsfreundlich ist, dann bräuchten Sie keine Angst davor zu haben. Wenn Ihnen Ihre Clearingstelle das Mittelstandssiegel für das Gesetz geben würde, dann könnten Sie die Opposition veritabel blamieren.

(Zuruf von der SPD: Das macht ihr schon selber!)

Legen Sie also den Hebel um: Schieben Sie das Gesetz heute und lassen den im Mittelstandsgesetz implementierten Prozess der Clearingstelle wirken. Ich glaube, Sie tun das ganz bewusst nicht, weil Sie wissen, dass Sie dann Schwierigkeiten bekämen.

Diesem grünen Prestigeobjekt ordnet die Koalition alle anderen Dinge unter, Kollateralschäden inklusive. Das ganze Land wartet auf planungsrechtliche Startsignale für den Ausbau der Windkraft, Herr Rimmel, selbst die LEP-Novelle muss warten, bis der Klimaschutzplan, bis das Klimaschutzgesetz beschlossen ist. Dabei wäre das schnelle Lösen der Bremsen beim Ausbau der Windkraft ein wirklicher, ein ehrlicher Beitrag zum Klimawandel.

(Beifall von der CDU)

In Wahrheit stockt Ihre Planung, weil der Klimaschutzplan länger dauert. Sie beschreiben, dass es einen Prozess mit vielen Beteiligten gibt. Das kommt bei allen Beteiligten gut an, unabhängig von den Inhalten. Ihnen schlägt aber doch die blanke Sorge entgegen, wie ich aus den Gremiensitzungen höre, dass Ihr Klimaschutzgesetz und Ihr Klimaschutzplan alles andere als Hilfen für Wirtschaft und Mittelstand sind. Deswegen ist der ganze Prozess ins Stocken geraten. Sie werden uns irgendwann erklären, dass Ihr Zeitplan nicht mehr hält.

Glaubwürdig wäre es, Herr Minister Duin, wenn Sie den von Ihnen mit Verve vertretenen Prozess der im Mittelstandsgesetz implementierten Clearingstelle einfordern würden und dem Kollegen Rimmel im Sinne der Wirtschaft abtrotzen könnten, das Verfahren umzudrehen. Bei Ihren Reisen im Land haben Sie mittlerweile sicher selber gemerkt, was die Wirtschaft vom Klimaschutzgesetz hält.

Meine Damen, meine Herren, parallel reden wir auch zum Haushalt. Eine Krux für unser Land – neben vielen anderen – ist, dass wir seit Jahrzehnten unterdurchschnittliche Wachstumsraten haben. Der nordrhein-westfälische Standort ist nicht so stark, wie er sein könnte. Seit wieder Rot-Grün regiert, tun wir nicht genug, um das zu ändern.

Wenn Sie aus Nordrhein-Westfalen herausfahren, sei es nach Niedersachsen, sei es durch Ihre Heimat, Herr Minister Rimmel, durch das Siegerland Richtung Hessen, sei es – nahebei – Richtung Niederlande, dann finden Sie immer kurz hinter der Grenze – das ist kein Wunder – Industrie- und Gewerbegebiete. Das spricht für eine Menge Potenzial, das ich lieber in diesem Land hätte.

(Minister Johannes Rimmel: Da kennen Sie unser Land aber nicht!)

Mit diesem Gesetz forcieren Sie den Standortnachteil Nordrhein-Westfalens. Sie ändern nichts daran, dass die Automobilindustrie die Autos leichter machen wird. Das ist gut. Da wird in Zukunft mehr

Aluminium verbaut als heute. Das Einzige, was Sie mit Ihrem Gesetz ändern, Herr Rimmel, Herr Duin, ist, dass dieses Aluminium nicht mehr aus Nordrhein-Westfalen kommen, sondern dass es aus Indien und China importiert wird, wo es zu ganz anderen Bedingungen hergestellt wird, wo viel mehr Energie verbraucht wird und von wo es zudem noch hierher transportiert werden muss.

(Minister Johannes Rimmel: Die Produktion nimmt wieder zu!)

Wir haben also einen höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der Produktion und gleichzeitig noch Emissionen beim Transport. Deswegen sage ich: Dieses Gesetz ist untauglich und kontraproduktiv. Es ist zudem unnötig, weil Industrie- und Energieversorgungsunternehmen mit dem europäischen Emissionshandel schon heute erfolgreich große Anstrengungen unternehmen.

Heute, verehrte Kolleginnen und Kollegen insbesondere der SPD, ist die letzte Chance, weiteren Schaden für Arbeit und Beschäftigung von Nordrhein-Westfalen abzuwenden. Lehnen Sie dieses Gesetz ab. Wenn der Koalitionsfriede Sie dazu nötigt, es nicht zu tun, dann schieben Sie es wenigstens. Seien Sie glaubwürdig im Hinblick auf all das, was zum Mittelstandsgesetz gesagt worden ist. So viel sollten Sie sich selber zutrauen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Wüst. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Eiskirch.

**Thomas Eiskirch (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch kurz zu Ihrem Antrag: Der Kollege Wüst muss unter Amnesie leiden. Er hat gerade gesagt, die Windkraft könne nicht schnell genug ermöglicht werden, und über den LEP, es müsse alles schneller gehen. Dabei handelt es sich um dieselben Leute, die unter Ihrer Regierungszeit – das ist noch gar nicht so lange her – von Windindustriemonstern gesprochen haben, wenn es um Windkraftanlagen ging, die keine Ermöglichungs-, sondern Verhinderungsstrategien betrieben haben.

Sie haben gerade gesagt, das Mittelstandsgesetz käme erst nach dem Klimaschutzgesetz. – Es gab einmal ein Mittelstandsgesetz. Das haben CDU und FDP aber abgeschafft. Danach haben sie angekündigt, sie würden ein neues einbringen, haben das aber bis zum Ende ihrer Legislaturperiode nicht bekommen, weil sie nicht die Kraft dazu hatten, sich gegen die eigene Regierung durchzusetzen. Das ist die Wahrheit zum Thema „Mittelstand“.

(Beifall von der SPD)

Kommen wir zurück zu unserem Entschließungsantrag und dem Klimaschutzgesetz. Wir beschließen heute ein Klimaschutzgesetz, das mit konkreten Maßnahmen im Klimaschutzplan unterlegt wird. CDU und FDP tun bis heute so, als ginge es bei der Klimaschutzpolitik des Landes um einen Verbotsklimaschutz. Sie haben bis heute nicht verstanden, dass es um einen Ermöglichungsklimaschutz geht. Wir wollen ermöglichen, wir wollen Wachstum, Innovation und Beschäftigung unterstützen.

(Zuruf von der FDP: Wachstum wollen Sie doch gerade nicht! – Dietmar Brockes [FDP]: Sie hemmen Wachstum!)

Aus der Wirtschaft wurden uns in den vergangenen Monaten – darum will ich gar nicht herumreden – zwei Kritikpunkte vorgehalten. Die haben wir aufgegriffen, und wir haben zu den bestehenden Unklarheiten im Entschließungsantrag noch einmal ganz deutlich Stellung genommen.

Erster Kritikpunkt war: Raumordnung und Abwägung. Dies sei nicht klar genug gefasst. Wir schreiben jetzt im Entschließungsantrag – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus dem Antrag –:

„Zur Erreichung der landesweiten Klimaschutzziele dient vor allem der Klimaschutzplan. Die für verbindlich zu erklärenden Teile des Klimaschutzplans sind – soweit sie raumordnerisch gesichert werden können –“

– also auch dort umsetzbar sein können –

„als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festzulegen. Die im Raumordnungsgesetz vorgesehene umfassende Abwägung aller Belange bei der Aufstellung der Raumordnungspläne bleibt erhalten.“

Wir werden all diese Fachbeiträge miteinander abwägen, da gibt es kein Ober und kein Unter. – Das ist der erste Kritikpunkt, zu dem wir deutlich Position beziehen wollen.

Zweiter Punkt. Immer wieder wird gesagt, es werde doppelt eingegriffen, es gebe ja die europäischen Zertifikate. Auch dazu will ich deutlich sagen: Wir wissen, dass das übergeordnet ist, und werden es respektieren. Doppeleingriffe wird es nicht geben.

Gerade im Hinblick auf die Zertifikate will ich noch mal deutlich machen, wo wir heute überhaupt stehen.

Die CDU-Bundeskanzlerin hat für 2020 gegenüber 1990 eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emission um 40 % verbindlich zugesagt. Bis zum Jahr 2010 hat die Bundesrepublik Deutschland ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen bereits um 25 % gesenkt. Die Hälfte dieser Einsparungen gelang in den Jahren 1990 bis 1995, die andere Hälfte brauchte die Jahre 1995 bis 2010. Das heißt: Die ersten 25 der 40 % sind geschafft, noch 15 % liegen vor uns.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Deppe?

**Thomas Eiskirch (SPD):** Nein, ich möchte im Zusammenhang vortragen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Keine Zwischenfrage.

**Thomas Eiskirch (SPD):** Mit diesen 15 % setzen wir uns auseinander.

Frau Thoben hatte damals für Nordrhein-Westfalen übrigens deutlich höhere Ziele vorgeschlagen, aber nicht unterlegt, wie man sie erreichen könnte, null Maßnahmen, nur – um das deutlich zu sagen – „Gequatsche“. Wir hingegen versuchen deutlich zu machen, wie wir diese Klimaschutzziele inhaltlich erreichen wollen.

Wie Sie wissen, existieren mit dem EU-Emissionshandelssystem vorrangige internationale Regelungen. Die Wirksamkeit dieses Systems im Hinblick auf die Verminderung von Treibhausgasemissionen beruht im Wesentlichen auf der Höhe der vorgegebenen emissionsbezogenen Caps für die von der Emissionshandelspflicht erfassten Anlagen. Das EU-Emissionshandelssystem wird die Obergrenze für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß, diese sogenannten Caps, kontinuierlich senken. Der jährliche Reduktionspfad für die neue Handelsperiode 2013 bis 2020 beträgt 1,74 % pro Jahr. Wenn wir diesen Wert für NRW eins zu eins umsetzen, wir also rein statistisch die etwaigen unverhältnismäßigen Verlagerungseffekte außen vor lassen, bedeuten die 1,74 % per anno bezogen auf die nächsten sieben Jahre bis 2020 mehr als 10 % und damit den Löwenanteil der noch zu erbringenden CO<sub>2</sub>-Emissionseinsparungen. Das heißt, dieser Teil wird schon durch ein anderes System sichergestellt.

Deswegen hilft ein realistischer Blick. Der zeigt dass wir hier in Nordrhein-Westfalen unseren zusätzlichen Beitrag zum Rest noch leisten müssen. Er zeigt auch, dass die Treibhausgasemissionen in NRW vor allem auf die Energiewirtschaft entfallen, unter ihnen alle Kraftwerke. Diese Kraftwerke werden aber bereits vollständig von dem übergeordneten Emissionshandelssystem geregelt, sind also außen vor.

Der nächstgrößte Emissionsbereich, die nordrhein-westfälische Industrie, ist für 18 % der Gesamtemissionen zuständig. Die größten Emittenten in der Industrie sind die chemische Industrie, die Eisen- und Stahlproduktion sowie die Mineralproduktion, Zement-, Kalk- und Glasherstellung. Auch deren energgieintensive Anlagen unterliegen dem EU-Emissionshandelssystem.

Inzwischen unterliegt auch der Luftverkehrsbereich dem EU-Emissionshandelssystem.

Das heißt: All diese Bereiche gehören schon zu den anderen 10 % über die Zertifikate.

Wir reden jetzt also noch über die letzten 5 % auf dem Weg zum 40%-Ziel. Es bleibt ein großer Bereich, an den man ran muss: Das sind die Haushalte, Gebäude und Kleinverbraucher. Und es bleiben mehrere andere Bereiche, von denen der größte bei den Treibhausgasen übrigens noch heute die Landwirtschaft ist, meine Damen und Herren, die größer ist als im Jahre 2011 die Bereiche der flüchtigen Emissionen aus Brennstoffen, Gas und Öl sowie der Produktanwendung wie etwa Klima- und Kälteanlagen zusammengenommen. Die flüchtigen Brennstoffe und die Kälteanlagen zusammen machen also weniger als die Landwirtschaft aus. Die Landwirtschaft ist aber der einzige Bereich, in dem sich von 2006 bis 2011 bei den Treibhausmissionen gar nichts getan hat, schlicht und ergreifend ein Nullabbau.

Alle Zahlen entstammen übrigens einer Studie des Landesamtes für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie ringen doch gerade um die neue Wirtschaftskompetenz der CDU.

(Zuruf von der CDU: Die haben wir längst zurück!)

– Zugegeben, aber aus meiner Sicht mehr schlecht als recht. Große Konzepte haben wir von Ihnen nicht gehört, weder zum Thema „Klimaschutz“ noch zu sonst irgendetwas. Deswegen kann ich Ihnen nur sagen: Fangen Sie doch mal im Kleinen an, nicht mit den großen Sachen, und legen uns ein Konzept zum Klimaschutz in der Landwirtschaft vor. Das ist doch ein Bereich, in dem Sie sich zu Hause fühlen.

(Jochen Ott [SPD]: Mit Rindviechern kennen sie sich aus!)

Sehen Sie zu, dass Sie dort konzeptionell etwas erarbeiten, damit auch Sie wenigstens einen inhaltlichen Beitrag zu diesem Thema am Tagesende geleistet haben werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Brockes.

**Dietmar Brockes (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorneweg zum Antrag der CDU-Fraktion: Liebe Kolleginnen und Kollegen, inhaltlich teilen wir Ihre Kritik, sehen allerdings einige formale Punkte, die so nicht haltbar sind. Deshalb

müssen wir uns gleich in der Abstimmung zu Ihrem Antrag leider enthalten.

Meine Damen und Herren, kommen wir zum Klimaschutzgesetz. Seit geschlagenen zwei Jahren diskutieren wir dieses Gesetz hier im Hause. Seit diesem Zeitpunkt laufen die Industrie und die Wirtschaft Sturm gegen dieses Gesetz. Wer das – wie scheinbar der Umweltminister, der bisher mit keinem Wort auf diese Kritik eingegangen ist – nicht glauben will, muss heute nur in die Zeitung schauen, zum Beispiel in die „Rheinische Post“. Ich zitiere Herrn Mittelstaedt vom VCI:

„Wer den Gesetzentwurf unverändert verabschiedet, gefährdet die Entwicklungsperspektiven von Chemiestandorten.“

Oder Herr Kerkhoff, der sagt, das neue Gesetz schaffe erhebliche Rechts- und Planungsunsicherheiten. – Meine Damen und Herren, angesichts dessen ist es ehrlich gesagt arrogant, wenn Sie, Herr Minister, hier und heute wie auch während der ganzen Debatte in den hinter uns liegenden beiden Jahren in keiner Weise auf solche Bedenken eingehen und sie zu zerstreuen versuchen.

(Beifall von der FDP)

Es ist arrogant und ehrlich gesagt unerträglich, wie Sie mit der Wirtschaft hier in Nordrhein-Westfalen umgehen.

(Beifall von der FDP und Lutz Lienenkämper [CDU])

Meine Damen und Herren, das Gesetz nutzt dem Klima nicht, verursacht Standortnachteile und schafft ein investitionsfeindliches Klima. Wer, meine Damen und Herren, soll bei diesen unklaren Standortbedingungen in Nordrhein-Westfalen denn investieren? Das ist ein absolutes Ausschlusskriterium für jeden, der überlegt, an welchem Ort in Deutschland oder Europa er investieren will.

(Beifall von der FDP und Lutz Lienenkämper [CDU])

Aber wir haben doch einen Wirtschaftsminister in diesem Land. Herr Duin, Sie sind seit einem halben Jahr hier. Es ist richtig, dass man Ihnen das in Ihrer ersten Kabinettsitzung sozusagen vor die Füße gelegt hat. Aber Sie hätten über Ihre Fraktionen massiv Einfluss nehmen müssen. Ich sage Ihnen ganz klar, da Sie den Fußball lieben, auch wenn Sie aufgrund Ihrer Vergangenheit einem aus unserer Sicht falschen Club zugeneigt sind:

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh! – Minister Johannes Remmel: Demselben wie der Umweltminister!)

Es reicht nicht, nur auf dem Platz zu stehen. Die SPD hat Sie als Stürmer hierher geholt. Aber Sie müssen auch dahin gehen, wo es wehtut, und sich innerhalb der Mannschaft durchsetzen. Das erwarten wir von Ihnen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Herr Duin, werden Sie Ihrem Namen gerecht! Sie sind Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk – und nicht dagegen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Die FDP-Fraktion tobt!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Brockes. – Nun spricht für die Fraktion der Piraten Herr Schmalenbach.

**Kai Schmalenbach (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Brockes, bitte korrigieren Sie mich, wenn ich mich irre: Dahin, wo es wehtut, gehen, glaube ich, die Verteidiger.

(Heiterkeit und Beifall von den PIRATEN, der SPD und Minister Johannes Remmel)

Frau Brems, an Sie die Antwort – die CDU hat das auch beantwortet – auf die Frage nach der Bremse: Wenn ich geplant vor die Wand fahre, bremsen ich natürlich nicht.

Wir reden über ein Klimaschutzgesetz für NRW. Das klingt gut, allerdings klingt es meiner Meinung nach besser, als es ist. Wir werden ihm dennoch zustimmen, weil es aus unserer Sicht mal wieder ein kleiner Schritt in die richtige Richtung ist. Herr Rohwedder hat dazu schon einiges gesagt.

Auch wenn es ein Schritt in die richtige Richtung ist – genau deswegen habe ich mich auf die Redeliste setzen lassen –, habe ich eine wichtige Frage dazu: Glauben Sie, liebe Koalition, dass Sie dem Klima Gutes tun, indem Sie vorWEg gehen?

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Ich bitte Sie aufrichtig, über diese Frage nachzudenken und darüber mit uns zu diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Schmalenbach. – Für die Landesregierung hat nun der Wirtschaftsminister, Herr Duin, das Wort.

**Garrelt Duin,** Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrter Herr Kollege Brockes, Sie haben über Fußballvereine, diesbezügliche Leidenschaften usw. gesprochen. Klar ist, dass man sich drei Dinge nicht aussuchen kann: Vater, Mutter und Verein.

(Heiterkeit und Zustimmung von Dietmar Brockes [FDP])

Das fällt so, wie es kommt.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das habe ich Ihnen auch nicht vorgeworfen!)

Sie konnten vielleicht nicht wissen – wir haben das auch erst in der ersten Kabinettsitzung festgestellt –, dass in der Tat der Umweltminister und der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen die Leidenschaft für denselben Verein teilen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Insofern werden Sie an dieser wie an allen anderen Stellen keine Differenzen herbeidiskutieren können, wie wir sie auf der Berliner Bundesebene zwischen den beiden Amtskollegen leider jeden Tag erleben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Brockes, Sie wissen genauso wie Herr Wüst, dass ich nicht zu denen gehöre, die man als Stubenhocker bezeichnen könnte. Ich will damit zum Ausdruck bringen, dass ich jede Woche landauf, landab unterwegs bin, um in den Unternehmen Gespräche darüber zu führen, wie einerseits die wirtschaftliche Gesamtsituation eingeschätzt wird und wie andererseits die speziellen Bedürfnisse sind. Wir sprechen jeweils sehr intensiv darüber, welche Entwicklungsperspektiven sie am Standort Nordrhein-Westfalen haben.

Das geht vom kleinen Mittelständler, der in seiner Region beheimatet ist und dort seinen Markt findet, über die Hidden Champions, die zwar weltweit aktiv, aber gleichwohl noch mittelständisch orientiert sind, bis hin zu großen Unternehmen, darunter auch DAX-Unternehmen, die international agieren und zum Teil in einer bestimmten Größenordnung sogar international bestimmt werden.

Ich will Ihnen ein ganz konkretes Beispiel aus der letzten Woche nennen, Herr Brockes. Ich bin in einem großen Chemieunternehmen in Köln mit einer vierstelligen Beschäftigtenzahl gewesen. Wir haben dort mit dem Vorstand genauso intensiv wie mit dem Betriebsrat diskutiert. Eine der ersten Fragen lautete: Wie verhält es sich mit dem Klimaschutzgesetz? Natürlich haben wir darüber intensiv beraten. Aber nach dieser Beratung war auch im Vorstand dieses Unternehmens klar: Hierdurch droht weder eine Gefahr noch etwas Dramatisches, sondern hierdurch ergibt sich eine Chance auch zur ökonomischen Entwicklung am Standort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Leider ist in den letzten zweieinhalb Jahren eine Diskussion entstanden, die Sie entsprechend befördern – Sie bauen ständig einen Pappkameraden auf –, dass dieses Klimaschutzgesetz in irgendeiner Weise den Standort gefährden würde. Das Gegenteil ist der Fall. Wir reden in jeder energiepolitischen Debatte über mehr Effizienz und darüber, wie wir den Klimaschutz wirklich bewerkstelligen können. Wir sprechen über

neue Mobilität und am Ende über neue Märkte und neue Chancen. Dieses Klimaschutzgesetz eröffnet diese neuen Chancen für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Wüst hat von der Aluminiumindustrie gesprochen. Diesen Ball muss ich aufgreifen – ob als Stürmer oder Verteidiger, das sei dahingestellt. Ich habe viele Gespräche mit der Aluminiumindustrie an allen Standorten geführt, sodass wir wissen, welche Probleme es dort gibt. Wir haben ein Wiederauffahren der Produktion auf der anderen Rheinseite in Neuss.

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Wir haben Schwierigkeiten in Voerde. Wir haben das größte Unternehmen in Essen. Aber diese Besprechungen machen eines klar: Alle an diesen Standorten haben ein Problem mit der Orientierungslosigkeit der Bundesregierung in energiepolitischen Fragestellungen. Sie haben kein Problem mit der Haltung dieser Landesregierung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist offenkundig.

(Zurufe von Lutz Lienenkämper [CDU] und Thomas Kufen [CDU])

– Herr Kufen, Sie kennen doch das Unternehmen. Sprechen Sie dort mit den Verantwortlichen! Man wird Ihnen das dort schon klarmachen, wenn Sie sie nur halb so oft wie ich besuchen.

Was sagt die Wirtschaft? Die Wirtschaft sagt, die Unternehmen sagen durch die Bank: Wir brauchen klare Entscheidungen. Wir wollen Planungssicherheit. Wir wollen ein Projektmanagement. Wir wollen ein Monitoring. – All diese Elemente finden Sie in diesem Gesetz wieder. Auf Berliner Ebene: Fehlangeize, meine Damen und Herren. Genau das ist der Punkt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Abschließend will ich noch sagen, weil dieser Punkt beim Mittelstandsgesetz angesprochen wurde, das am 29. Dezember in Kraft getreten ist. Die Rechtsverordnung wird im Februar im Kabinett sein. Wir werden am 25. Februar mit den Beteiligten die Vereinbarung für die Clearingstelle unterzeichnen, die dann am 1. März eingerichtet wird und danach ihre Arbeit aufnimmt.

Dieses Clearingverfahren ist für kommende Gesetze. Wir brauchen dafür überhaupt nichts zu unterbrechen, um das Klimaschutzgesetz noch nachträglich in das Clearingverfahren hineinzubringen. Denn das, was bei der Erarbeitung des Klimaschutzplans gemacht wird, geht sogar weit über das, was wir sinnvollerweise beim Clearingverfahren eingeführt haben, hinaus. Mehr Beteiligung der Stakeholder, mehr Beteiligung der Betroffenen geht überhaupt nicht, als wir es mit der Erarbeitung des Klima-

schutzplanes vorgesehen haben, meine Damen und Herren.

Deswegen geht auch dieser Antrag der Opposition ins Leere. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Duin.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Die Kolleginnen und Kollegen haben sich dazu auch eingefunden, wie man sieht, und zwar deshalb, weil es bei der Abstimmung zum Klimaschutzgesetz Nordrhein-Westfalen durchaus kontrovers zugehen kann. Wir haben jetzt drei Abstimmungen vorzunehmen. Da mehrere Anträge vorliegen, ist nach § 42 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung zuerst über den weitestgehenden Antrag abzustimmen.

Deshalb stimmen wir als Erstes über den **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/1909** ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktion der CDU. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Piraten, SPD und Grüne. Wer enthält sich? – Wie angekündigt, enthält sich die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit in diesem Hohen Hause **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens ab über den Gesetzentwurf Drucksache 16/127, über den wir diskutiert haben. Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1914**, den Gesetzentwurf in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer stimmt diesem so zu? – Die Fraktionen SPD, Grüne und Piraten. Wer stimmt dagegen? – CDU- und FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen im Hohen Hause? – Das ist augenscheinlich nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir kommen drittens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag Drucksache 16/1958 – Neudruck** – von den Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – SPD, Grüne und Piraten. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten **angenommen**.

Ich bedanke mich für die Beratung und die Abstimmung.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

**3 Inklusion: Landesregierung muss (Rechts-)unsicherheit beenden und endlich Gesetzentwurf vorlegen!**